



Wer braucht schon «Vater Staat», um Vater zu sein?

Väter sollen sich um Familie und Kinder kümmern. So weit, so richtig. Es ist aber nicht die Aufgabe des Staates, dies zu ermöglichen – und Wirtschaft und Individuum das entsprechende Kleingeld dafür abzuknöpfen. Von Michael Schoenenberger

Wer in unseren Tagen in der Schweiz ein Kind auf die Welt stellt, der tut das nicht, um sich gegen Armut oder Altersarmut abzusichern. Noch vor nicht allzu langer Zeit war das so. Wer heute aber ein Kind auf die Welt stellt, tut dies im Idealfall aus freien Stücken – weil er oder sie Freude an der Zukunft, Freude am Kind, Freude an der Familie, Freude an der Erziehung hat. Man nennt das auch Lebensfreude. Manchmal passiert es ungewollt. Doch dann ist man, in Zeiten der verlässlichen Empfängnisverhütung, meistens selber schuld. Wer sich also fortpflanzt, der fällt in aller Regel einen sehr privaten Entscheid. Niemand schreibt es ihm oder ihr vor. In Wohlstandszeiten gibt es keinen ökonomischen Druck, eigenen Nachwuchs zu zeugen. Und man tut es angesichts weltweit stark zunehmender Bevölkerung auch nicht wegen der Demografie. Nein: Man tut es aus freien Stücken. Warum, so die berechtigte Frage, haben dann die Allgemeinheit, die Gesamtgesellschaft, die Steuerzahler den frischgebackenen Vätern eine Auszeit zu finanzieren?

Die Befürworter sagen: Ganz Europa tut es, nur die Schweiz nicht. Das Alpenland ist hoffnungslos konservativ, im Rückstand, nicht in der Moderne angekommen.

Welch seltsame Darstellung. Muss denn, was die Masse tut, zwangsläufig richtig sein? Die Schweiz geht und ging in vielen Politikbereichen eigene Wege.

Meist zum Vorteil des Landes. Sei es in der Arbeitsmarkt-, Bildungs-, Finanz- oder Demokratiepolitik: Die Schweiz wählt oft einen anderen, freiheitlicheren Weg – und fährt damit wesentlich besser als andere, etatistische Länder. Der Vaterschaftsurlaub ist ein Ausbau des Sozialstaats. Westeuropäische, in Wirtschaftswunder-Zeiten konzipierte Wohlfahrtsstaaten sind allesamt an der Grenze ihrer Finanzierbarkeit angelangt. Dreist verlagern sie die Kosten in die Zukunft, auf nachkommende Generationen – auf jene Kinder, die man nun im Vaterschaftsurlaub gut umsorgen will. Gescheiter wäre, den Kindern, die heute geboren werden, nicht noch mehr ungedeckte Checks in die Kindertaschen zu stecken.

Dem Sozialstaat sollen, damit sein Konzept auch in schlechten Zeiten und in 50 Jahren noch funktioniert, klare Grenzen auferlegt werden. Legitim ist, dass Wirtschaft und Gesellschaft ihren Beitrag leisten, um Armut in diversen Lebenslagen zu vermeiden oder zu lindern. Deshalb gibt es Einrichtungen bei Arbeitslosigkeit, bei Krankheit und Invalidität, gegen Altersarmut. Und es gibt die Sozialhilfe. Das Schweizer Sozialnetz ist weit und gross und im europäischen Vergleich ausnehmend gut. Es kostet ja auch viel Geld. Soll die Schweiz nun aber mit dem Vaterschaftsurlaub den Schritt zu einem «ermöglichenden Sozialstaat» tun? Das wäre grundlegend falsch. Im liberalen, freiheitlichen Staat ist es nicht Aufgabe der Allgemeinheit, die privaten Unternehmungen oder die Wünsche anderer zu finanzie-



ren. Wo würden wir anfangen, wo würden wir aufhören? Warum eigentlich gibt es nicht einen zweiwöchigen staatlichen Todesfallurlaub? Wer einen

Gescheiter wäre, den Kindern, die heute geboren werden, nicht noch mehr ungedruckte Checks in die Kindertaschen zu stecken.

Elternteil verloren hat, der weiss, wie viel es zu tun gibt – wie gross die seelischen und administrativen Belastungen sind, die gleichzeitig zu meistern sind. Der Vaterschaftsurlaub ist ein erster Schritt hin zu diesem «ermöglichenden Sozialstaat». Stimmt das Schweizervolk ihm zu, ist danach nur schwerlich zu argumentieren, warum die Allgemeinheit nicht auch anderen Gruppen über eine sozialstaatliche Einrichtung irgendetwas ermöglichen soll.

Die Befürworter sagen: Kinder haben ist anstrengend; frischgebackene Mütter brauchen die Unterstützung der Väter.

Das ist richtig. Kinderhaben ist anstrengend. Und Väter sollen sich ab Tag 1 in der Familienarbeit einbringen. Nur: Braucht es dazu einen staatlichen Vaterschaftsurlaub? Väter sind frei, Ferien zu beziehen, die ihnen per Arbeitsrecht zustehen. Sie können die Ferien zum Geburtstermin beziehen, die Unternehmen sind flexibel. Mehr noch: Beim schweizerischen Lohnniveau (und eingedenk der Tatsache, dass die meisten Frauen einer Lohnarbeit nachgehen) ist es in den allermeisten Fällen kein Ding der Unmöglichkeit, das Arbeitspensum zu reduzieren, um sich in der Familienarbeit einzubringen. Das wird auch zunehmend getan, was zu begrüßen ist. Zu beobachten ist ferner, dass junge Väter oftmals einen unbezahlten Urlaub beziehen – es scheint also privat finanzierbar zu sein. Gemessen an der Tatsache, wie viel unbezahlter Urlaub für andere Zwecke, zum Beispiel Ferien oder eine Weiterbildung, bezogen wird, ist es eine Frage der reinen Prioritätensetzung, auch einen unbezahlten Urlaub für die Familie zu beziehen.

Die Befürworter sagen: Nur ein Vaterschaftsurlaub bindet den Vater an das Kind, und zwar lebenslang.

Es mag Studien geben, die das behaupten. Doch Vorsicht mit Studien, die meist das zutage fördern, was der Auftraggeber im Sinn hatte. Im Prinzip aber ist das eine dreiste und auch beleidigende Behauptung. Es impliziert nämlich, dass Väter, die ohne Vaterschaftsurlaub Kinder in die Welt gesetzt haben, überhaupt keine guten Väter sein können, weil sie ja nie eine Bindung zum Kind hätten aufbauen können. Mag sein, dass die väterliche Bindung zum Kind befördert wird, wenn der Vater von Anfang an einbezogen ist. Dies zu fördern, ist allerdings keine staatliche Aufgabe. Die Mutter kann darauf bestehen, dass der Mann seine Ferien eben für die Familienarbeit bezieht. Die Bindung zum Kind entsteht im Übrigen primär durch eine Werthaltung, durch die Einstellung des Vaters zum Leben und zum eigenen Nachwuchs, durch sein privates Engagement, durch seine seelische Motivation. Beim Vaterschaftsurlaub besteht umgekehrt die Gefahr, dass Väter irrtümlicherweise meinen, mit den ersten zwei Wochen sei es getan – um möglichst rasch wieder ins Büro zu verschwinden, wo man dann vermutlich plötzlich Überstunden schieben muss. Man verändert rollenspezifisches Verhalten nicht mit einem staatlich garantierten Ferienanspruch.

Es mag Studien geben, die das behaupten. Doch Vorsicht mit Studien, die meist das zutage fördern, was der Auftraggeber im Sinn hatte. Im Prinzip aber ist das eine dreiste und auch beleidigende Behauptung. Es impliziert nämlich, dass Väter, die ohne Vaterschaftsurlaub Kinder in die Welt gesetzt haben, überhaupt keine guten Väter sein können, weil sie ja nie eine Bindung zum Kind hätten aufbauen können. Mag sein, dass die väterliche Bindung zum Kind befördert wird, wenn der Vater von Anfang an einbezogen ist. Dies zu fördern, ist allerdings keine staatliche Aufgabe. Die Mutter kann darauf bestehen, dass der Mann seine Ferien eben für die Familienarbeit bezieht. Die Bindung zum Kind entsteht im Übrigen primär durch eine Werthaltung, durch die Einstellung des Vaters zum Leben und zum eigenen Nachwuchs, durch sein privates Engagement, durch seine seelische Motivation. Beim Vaterschaftsurlaub besteht umgekehrt die Gefahr, dass Väter irrtümlicherweise meinen, mit den ersten zwei Wochen sei es getan – um möglichst rasch wieder ins Büro zu verschwinden, wo man dann vermutlich plötzlich Überstunden schieben muss. Man verändert rollenspezifisches Verhalten nicht mit einem staatlich garantierten Ferienanspruch.

Die Befürworter sagen: Der Vaterschaftsurlaub ist ein Instrument der Gleichstellungspolitik. Frauen bleiben eher im Beruf. «Papizeit» ist gut für die Wirtschaft.

Selbstverständlich kann es im Kampf um motivierte Arbeitskräfte für Arbeitgeber attraktiv sein, einen Vaterschaftsurlaub auf Unternehmensebene anzubieten. Wohlan, das ist eine freie marktwirtschaftliche Entscheidung – es ist zu begrüßen, wenn Unternehmen aktiv werden. Abgestimmt wird allerdings über eine staatliche Intervention, welche einmal mehr die Freiheit des Individuums tangiert. Zielführender als die zweiwöchige «Papizeit» wäre – wenn es denn unbedingt sein muss – die Neudefinition des Mutterschaftsurlaubs, dessen Ersatz durch einen Elternurlaub. Dieser Elternurlaub würde die werdenden Eltern dazu zwingen, sich gemeinschaftlich Gedanken über die ersten 14 Wochen nach der Niederkunft zu machen. Väter und Mütter wären dazu angehalten, im privaten Rahmen auszuhandeln, wer welche Verantwortung zu welchem Zeitpunkt übernimmt; auch Mütter würden sich über die Partnerschaft nach der Niederkunft und das eigene Verhalten eher Gedanken machen. Manchmal kann

Neue Zürcher Zeitung

Neue Zürcher Zeitung
8021 Zürich
044/ 258 11 11
<https://www.nzz.ch/>

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 96'109
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



Seite: 10
Fläche: 142'612 mm²

Auftrag: 3007101
Themen-Nr.: 999.222

Referenz: 78177064
Ausschnitt Seite: 3/4

es auch mütterliches Verhalten sein, das den Männern den emotionalen Zugang zu den Kindern nicht gerade erleichtert. Die freie Entscheidung über eine zur Verfügung gestellte Zeit kann das Paar dazu animieren, sich über die Rollenverteilung Gedanken zu machen. Das ist vielversprechender, sollte es darum gehen, mit staatlichem Handeln geschlechtsspezifische Verhaltensmuster zu verändern.

Aus freiheitlicher Warte hätte der Staat selbstverständlich in solchen Fragen weder zu steuern noch dreinzureden. Privat ist privat, öffentlich ist öffentlich. Dem Staat kommt die Aufgabe zu, die Rahmenbedingungen in seinen ureigenen Bereichen so zu setzen, dass Gleichstellung ermöglicht wird. Den grössten Hebel hätte der Staat in der Steuerpolitik. Anstatt den Sozialstaat mit einem zweifelhaften Instrument auszubauen, wäre es besser, Parlamente und Regierungen gäben sich einen Ruck hin zur Individualbesteue-

rung. Das wäre im Übrigen eine echt «progressive» Politik. Denn die getrennte Veranlagung würde endlich dem patriarchal geprägten Steuersystem ein Ende setzen. Wer dagegen den Sozialstaat mit der Giesskanne ausbauen will, verharrt in Konzepten aus der Mitte des 20. Jahrhunderts.

Corona führt uns drastisch vor Augen, wie schmal der Grat zwischen Wachstum und wirtschaftlicher Krise sein kann. Die wohlstandsverwöhnte Schweiz hat sich daran gewöhnt, dass es immer aufwärtsgeht. Ansprüche sind gewachsen. Die Standardfrage lautet heute: Was bekomme ich? Kaum einer fragt noch: Was kann ich beitragen? Der Vaterschaftsurlaub ist ein klassisches Beispiel für diese Anspruchsmentalität. Andere sollen finanzieren, was ich für wünschbar und richtig halte. Es ist Zeit, diesem Denken ein Ende zu setzen – am besten an der Urne.

Neue Zürcher Zeitung

Neue Zürcher Zeitung
8021 Zürich
044/ 258 11 11
<https://www.nzz.ch/>

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 96'109
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



Seite: 10
Fläche: 142'612 mm²

Auftrag: 3007101
Themen-Nr.: 999.222

Referenz: 78177064
Ausschnitt Seite: 4/4

